

China zieht in Hongkong rote Linien

Deutliche Worte an Demonstranten – Peking lässt offen, ob es direkt intervenieren wird

Patrick Zoll

Seit Wochen demonstrieren Hongkongerinnen und Hongkonger in Massen. Was als Widerstand gegen ein Auslieferungsgesetz begann, das die Überstellung von Verdächtigen an das chinesische Festland erlaubt hätte, ist mittlerweile ein Aufbäumen gegen Pekings wachsenden Einfluss in der Handelsmetropole.

Auch dieses Wochenende kam es wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Polizei und radikalisierten Demonstranten. Die Polizei schützte dieses Wochenende das Gebäude der Ständigen Vertretung Pekings in Hongkong – vor einer Woche war dieses mit Eiern beworfen und das Emblem über dem Eingang mit schwarzer Farbe verschmiert worden. Es war eine Frage der Zeit, bis Peking auf diese Provokation reagieren würde.

Wink mit dem Zaunpfahl

Am Montagnachmittag Pekinger Zeit hat nun erstmals das Büro für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus, das im Staatsrat auf höchstem politischem Niveau der Volksrepublik angesiedelt ist, Stellung genommen. Dessen Sprecher warnten die Demonstrierenden deutlich. Für Peking gibt es drei rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen. Erstens dürfe die nationale Sicherheit keinesfalls gefährdet werden, zweitens dürften die Demonstranten weder die Autorität der Zentralregierung noch jene des Grundgesetzes herausfordern, und drittens dürfe Hongkong nicht als Basis missbraucht werden, China zu unterwandern, sagte der Sprecher Yang Guang.

Er verurteilte die Gewalt der letzten Wochen ausdrücklich: «Gewalt ist Gewalt, illegale Aktionen sind illegal.» Die Polizei, die in Hongkong unter scharfer Kritik steht für ihren Einsatz, nahm er in Schutz. Die Demonstrationen fordern eine unabhängige Kommission, die das Vorgehen der Polizei untersuchen soll. Yang ging auf eine entsprechende Journalistenfrage nicht ein. Die Polizei habe ihr Bestes getan, um die Gesellschaft zu schützen und die Stabilität aufrechtzuerhalten, sagte er lediglich. Gleichzeitig fand er Lob für die Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam, deren Rücktritt die Demonstranten fordern.

Ob und wann Peking direkt einschreiten würde, wenn die Demonstrationen weitergehen, liess der Sprecher offen. Dazu gehört die Frage, ob allenfalls die Volksbefreiungsarmee eingesetzt werden kann. Wie schon das Verteidigungsministerium vergangene Woche verwies das Büro für Hongkonger Angelegenheiten auf das Grundgesetz der Sonderverwaltungszone. Dieses besagt, dass die Hongkonger Garnison auf Anfrage der lokalen Regierung bei Naturkatastrophen und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit eingesetzt werden kann. Bisher wurde diese Klausel erst einmal angewandt, als im vergangenen Oktober chinesische Truppen bei den Aufräumarbeiten nach einem schweren Taifun mithalfen.

Dass Peking nun bereits zum zweiten Mal innert Wochenfrist auf die entsprechenden Gesetze verweist, wird im aktuellen Kontext in Hongkong als Wink mit dem Zaunpfahl wahrgenommen. Dennoch wird es sich Peking gut überlegen, ob es zu dieser «nuklearen Option» greifen will. Denn das wäre das Ende des Prinzips «Ein Land, zwei Systeme», unter dem Hongkongs Sonderstatus gewährt ist.

Politische Umklammerung

Das Büro für Hongkonger Angelegenheiten ging auch auf soziale Probleme ein, die zum Unmut in der chinesischen Sonderverwaltungsregion beitragen. Die Hongkonger Regierung und Gesellschaft müssten effektive Lösungen finden für die Sorgen der Jungen wie Wohnungsnot oder Jobmöglichkeiten. Auf die Journalistenfrage, ob Peking bereit sei, zu Lösungen beizutragen, sagte Xu Luying, eine zweite Sprecherin, dass dies Teil der Stadtentwicklung sei. Dazu beitragen werde der Greater-Bay-Area-Plan, der Hongkong, Macau und neun Städte in der Provinz Guangdong zu einem Cluster für Technologie und Innovation machen solle.

Peking treibt damit die Integration stetig voran. So wurde im vergangenen Jahr Hongkong ans chinesische Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetz angebunden, und die 55 Kilometer lange Brücke Hongkong–Zhuhai–Macau verbindet die beiden Sonderverwaltungszone mit dem chinesischen Festland. Beide Infrastrukturprojekte verkürzen die Reisezeiten deutlich und lassen die Städte im Perlfussdelta zusammenrücken – vor allem auch wirtschaftlich. Gerade deshalb symbolisieren diese Bauten für viele Hongkonger aber auch die Umklammerung ihrer Stadt durch Peking.

Weiterer Artikel Seite 19